

böll.brief

DEMOKRATIE & GESELLSCHAFT #25

September 2021

Analyse der Bundestagswahl 2021

STEFANIE JOHN

*Das **böll.brief – Demokratie & Gesellschaft** bietet Analysen, Hintergründe und programmatische Impulse zu Demokratieentwicklung und Politikforschung. Der Fokus liegt auf den Feldern Partizipation, Öffentlichkeit, Digitaler Wandel und Zeitgeschichte.*

*Das **böll.brief** der Abteilung Inland der Heinrich-Böll-Stiftung erscheint als E-Paper im Wechsel zu den Themen «Teilhabe-gesellschaft», «Grüne Ordnungspolitik», «Demokratie & Gesellschaft» und «Öffentliche Räume».*

Die Publikation ist unter Mitarbeit von Jette Bergen, Luisa Memetzidis, Roman Schmidt und Carla Wenzel entstanden. Vielen Dank dafür!

Datengrundlage: Soweit nicht anders angegeben, basiert die Analyse auf Vorwahl- und Wahltagsbefragungen von infratest dimap/ARD. Daten zu den vorläufigen Wahlergebnissen und zu den Listen-aufstellungen wurden vom Bundeswahlleiter veröffentlicht: <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021.html>, (Stand: Montag, 27. September 2021).

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	3
2	Generationen im Blick.....	3
3	Regionale Unterschiede im Blick.....	6
4	Frauen im Blick	9
5	Parlament im Blick	11

1 Einleitung

Die Bundestagswahl stand unter besonderen Vorzeichen: Mit Angela Merkels Verzicht auf eine weitere Kandidatur verfügte keine Partei über einen Amtsinhaberbonus, drei Parteien sind mit einer Kanzlerkandidatin bzw. einem Kanzlerkandidaten angetreten und alle Parteien sind offen in den Wettbewerb getreten, indem sie ohne Koalitionsaussagen in den Wahlkampf zogen.

Das Wahlergebnis steht für Bewegung: Besonders hohe Zugewinne erzielten Bündnis 90/Die Grünen (+5,8 Prozentpunkte) und SPD (+5,2 Prozentpunkte), am deutlichsten verliert die Union (-8,5 Prozentpunkte) und fährt damit das schlechteste Bundestagsergebnis ihrer Geschichte ein. Es verfestigt sich damit insgesamt das Sechs-Parteiensystem, in dem es keine dominante Partei mehr gibt.

Vor dem Hintergrund dieses historischen Wahlergebnisses, nimmt die vorliegende Analyse gut eine Woche nach der Wahl vier Strukturdimensionen in den Blick, die in der weiteren Diskussion besondere Aufmerksamkeit verdienen: (1) Generationen und ihr unterschiedliches Wahlverhalten, (2) Regionale Heterogenität, (3) Frauen und ihre politische Repräsentation und (4) Veränderungen im Deutschen Bundestag.

2 Generationen im Blick

Große Unterstützung von Grünen und FDP durch die jüngere Wählerschaft.

Bei dieser Bundestagswahl entschieden sich besonders viele der jüngeren Wähler/innen für die Grünen und die FDP. Hier sind Zukunftsthemen wie Klimaschutz, Bildung oder Digitalisierung besonders starke Anliegen.

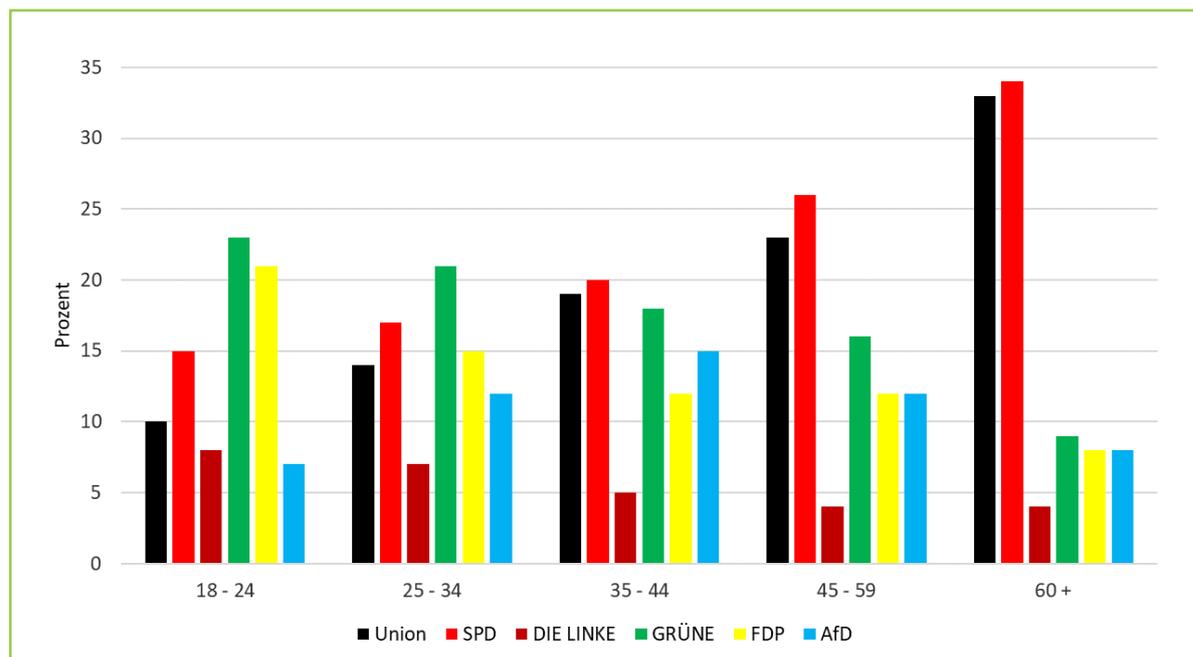
Die relativ hohe Beliebtheit von Grünen und FDP bei den Erstwählenden lässt sich seit den 1990er Jahren bei Bundestagswahlen beobachten.¹ Bemerkenswert ist hier das hohe Niveau des Zuspruchs für diese beiden Parteien bei gleichzeitig historisch geringer Unterstützung für CDU und SPD in dieser Alterskohorte.

Generationenunterschiede im Wahlverhalten nehmen erstmals eklatante Ausmaße an.

Es zeichnet sich ein deutlicher Unterschied im Wahlverhalten zwischen jüngeren und älteren Wähler/innen ab, der in diesem Ausmaß bei früheren Wahlen nicht beobachtet wurde: Ginge es nach der älteren Generation (Ü60), dann hätte die Große Koalition weiterhin eine satte Mehrheit. Bei den bis 35-Jährigen liegt die Unterstützung für diese Formation inzwischen bei unter 30 Prozent.

¹ Einzige Ausnahme war die Bundestagswahl 2013, bei der der FDP mit ihrem Spitzenkandidaten Rainer Brüderle der Wiedereinzug in den Bundestag misslang.

Abbildung 1: Wahlverhalten nach Generationen



Datengrundlage: Infratest dimap-Wahlanalyse. Eigene Darstellung.

Generationenfrage bleibt Aufgabe für die Grünen. Die hohe Zustimmung von Erst- und Jungwähler/innen für Bündnis 90/Die Grünen bestätigt sich erneut bei dieser Wahl. Die Grünen konnten auch im Vergleich zur letzten Bundestagswahl in allen Altersgruppen unter 60 deutlich hinzugewinnen. Moderater fiel hingegen der Zuwachs in der Generation Ü60 aus. Zugewinne können womöglich auf einen Kohorteneffekt zurückgeführt werden, d.h. die Grünen mit einer inzwischen vierzigjährigen Parteigeschichte können hier auf eine seit den Gründungsjahren mitgewachsene grüne Anhängerschaft setzen.² Darüber hinaus scheinen die Bemühungen, ältere Wählende zu erreichen, nicht geglückt. Erschwerend wirken hier, dass Kohorteneffekte auch für andere Parteien wirken, dass die Wechselbereitschaft beim Wählen mit zunehmendem Alter abnimmt und ältere Wählende konservativer wählen als Jüngere. Ob die weiterhin wachsende Generation der Älteren den ehemaligen Volksparteien überlassen werden sollte oder hier nach einem neuen generationenübergreifenden Ansatz gesucht wird, ist eine Diskussion wert.

Wunsch nach grundlegendem Wandel ist weniger eine Generationenfrage als eine Frage der politischen Orientierung. Die Anzahl der Wahlberechtigten, die Reformen der aktuellen Politik als notwendig erachtet und sich einen grundlegenden Wandel statt moderater Kurskorrekturen wünscht, ist im Vergleich zum Jahr 2017 von 19 auf 40 Prozent deutlich gestiegen. Auch wenn die jüngere Generation bis 39 Jahre die Notwendigkeit eines grundlegenden Wandels höher einschätzt als

² Mit den derzeit vorliegenden Daten lässt sich dies statistisch nicht überprüfen.

die ältere Generation über 65 Jahre, unterscheidet sich die Wahrnehmung nicht besonders deutlich (45 Prozent bzw. 35 Prozent).

Wesentlich entscheidender ist hier die politische Zugehörigkeit: Gefragt nach dem Reformbedarf in der Bundesrepublik, bewerten die Anhänger/innen der verschiedenen Parteien die *Notwendigkeit* eines grundlegenden Wandels äußerst unterschiedlich. Parteianhänger/innen von Grünen (62 Prozent), der Linken (72 Prozent) und der AfD (69 Prozent) befürworten einen grundlegenden Wandel in der Bundesrepublik statt des Weges einiger Kurskorrekturen oder des Beibehaltens des Status Quo. Selbstredend unterscheidet sich deutlich die *politische Ausrichtung* des Wandels zwischen den Parteien und ihren Anhänger/innen, was sich unmittelbar in den jeweiligen Kompetenz- und Themenprofilen spiegelt. Auffällig ist, dass selbst unter den grünen Parteianhänger/innen knapp 40 Prozent einen moderaten Kurs von Reformen befürworten.

Noch weniger sind die Anhänger/innen der übrigen Parteien einem grundlegenden Wandel zugeneigt. Diese favorisieren stattdessen mehrheitlich den Weg einiger Kurskorrekturen für die Bundesrepublik. Konkret sehen 65 Prozent der FDP-Anhänger/innen, 60 Prozent der SPD-Anhänger/innen und 72 Prozent der CDU/CSU-Anhänger/innen darin den angemessenen Weg für gesellschaftliche Veränderungen; immerhin 13 Prozent der Unionsanhänger/innen wollen nichts in der Gesellschaft verändern.

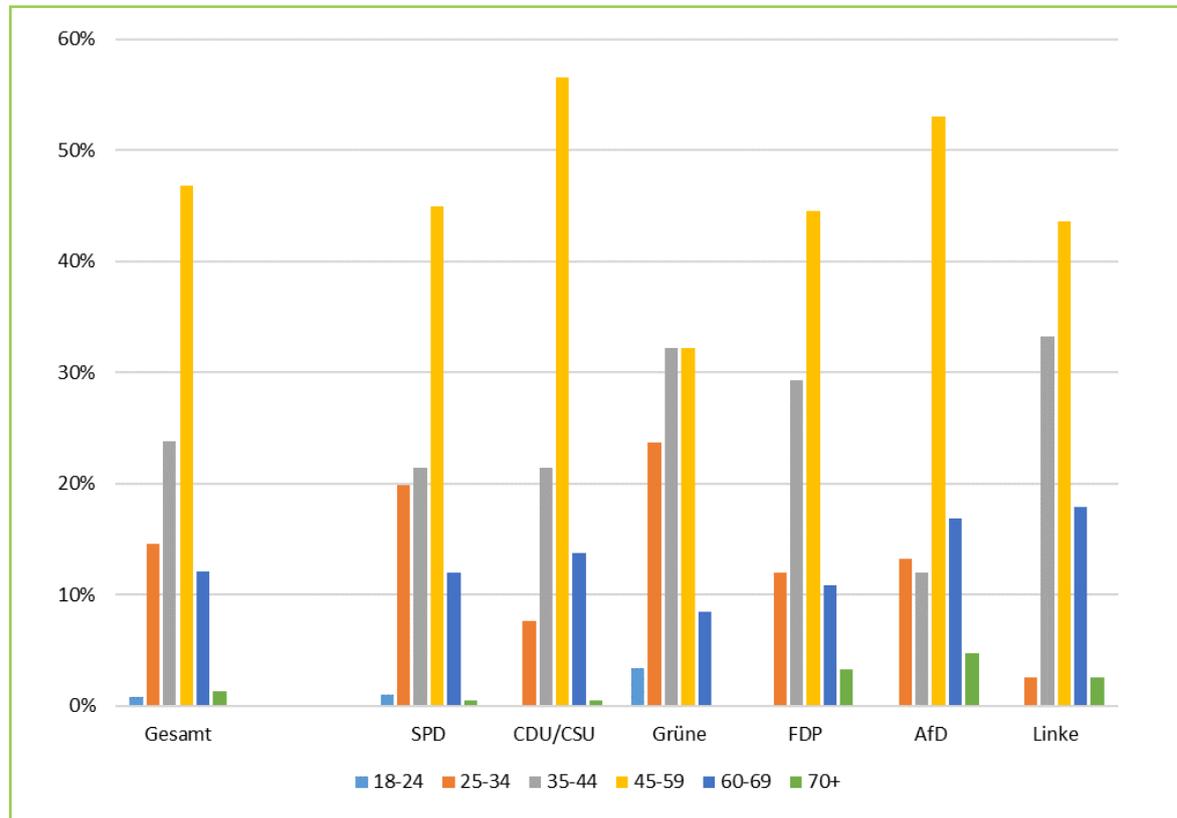
Offen muss an dieser Stelle bleiben, inwieweit die Einstellung zur Notwendigkeit gesellschaftlicher Reformen überlagert sind von Sorgen vor negativen Implikationen politischer Veränderungsprozesse. Unabhängig von der endgültigen Farbkombi- sition der neuen Bundesregierung: Politische Kommunikation, die Stabilität und Wandel gleichermaßen adressiert, wird zentraler denn je.

Mehrere Generationen in der Politik und im Bundestag. Die Debatte um die aktive Einbindung der jüngeren Generationen in politische Entscheidungsprozesse und ihre Repräsentation im Parlament nimmt an Fahrt auf. Nicht zuletzt das unterschiedliche Wahlverhalten der verschiedenen Generationen hebt dieses Problem hervor. Der 20. Deutsche Bundestag startet mit einem Durchschnittsalter von 47,5 Jahren und hat sich damit leicht verjüngt (49,4 in 2017). Insgesamt sind alle Altersgruppen im Bundestag vertreten, wobei die Gruppe der 45 bis 59-Jährigen mit 344 Abgeordneten die größte ist.

Bündnis 90/Die Grünen haben unter ihren Abgeordneten mit 42,6 das jüngste Durchschnittsalter. Sie bilden auch die einzige Fraktion, die einen höheren Anteil unter 45-Jähriger als über 45-Jähriger in ihren Reihen hat. Vier Abgeordnete sind jünger als 25. Die **SPD** hat ebenfalls 2 Parlamentarier unter 25 Jahren in ihren Reihen. Der Anteil der unter 35-Jährigen ist ebenfalls mit 21 Prozent relativ hoch. Im Gegensatz dazu lässt sich bei der **Fraktion der Linken** eine Altersstruktur feststellen, die deutlich mehr ältere Mitglieder aufweist. Die **AfD-Fraktion** hat mit 51 Jahren den höchsten Altersdurchschnitt. Die **Unionsfraktion** hat den höchsten Anteil

an Menschen in der Generation der 45 bis 59-Jährigen (56,6 Prozent). Die Gruppe der unter 45-Jährigen macht bei der Union gerade einmal 29 Prozent aus.

Abbildung 2: Politische Repräsentation der Generationenvielfalt



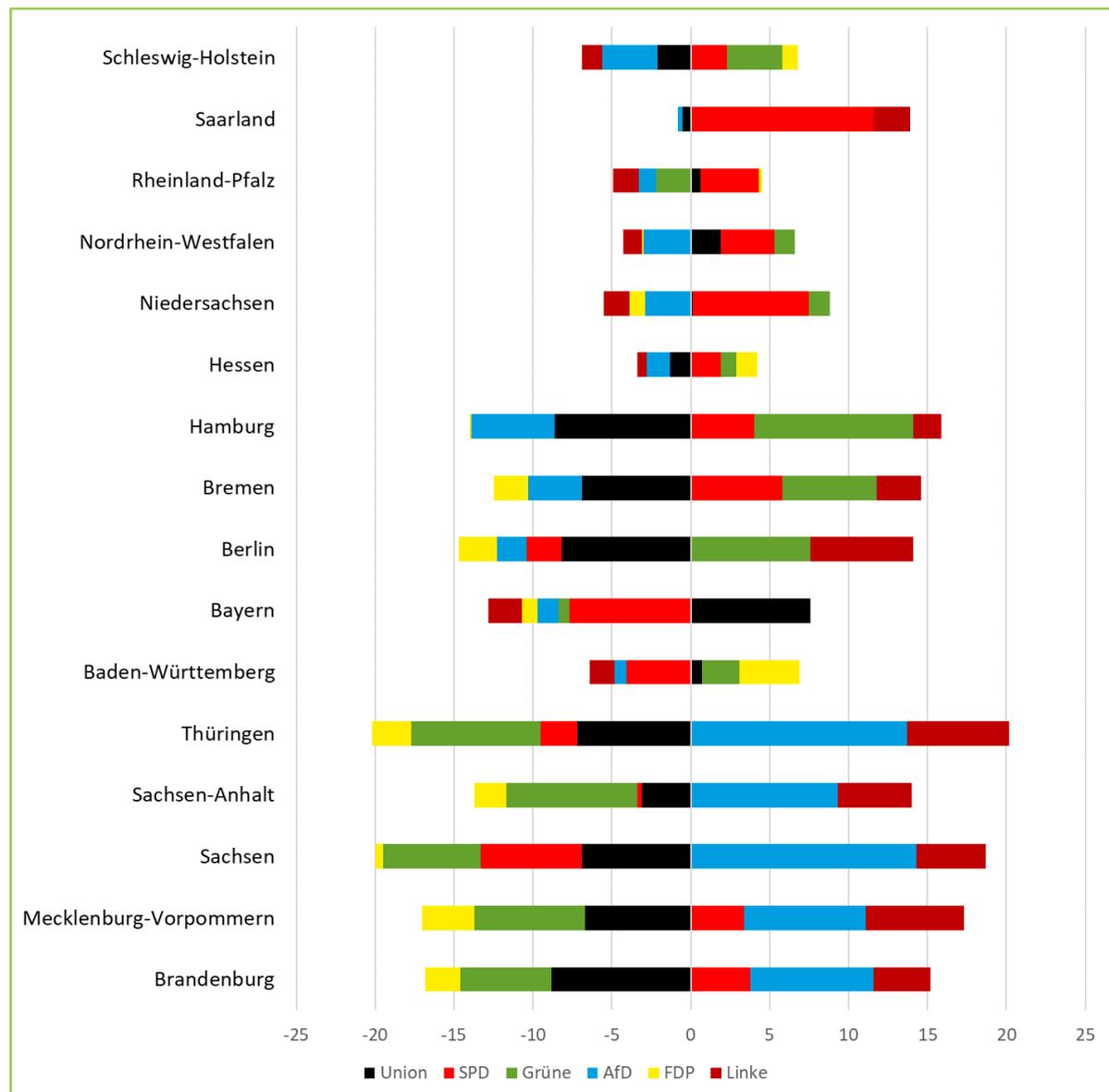
Abgeordnete des 20. Bundestags gruppiert nach Alterskohorten. Datengrundlage: Deutscher Bundestag. Eigene Berechnungen und Darstellung.

3 Regionale Unterschiede im Blick

Regionale Heterogenität. In den Bundesländern wird seit jeher unterschiedlich gewählt, sodass die regionale Heterogenität im Wahlverhalten an sich keine neue Beobachtung ist. Auffällig ist jedoch, wie stark mitunter die Ergebnisse auf Bundeslandebene vom Bundesergebnis abweichen. So weicht beispielsweise das Wahlergebnis in Hessen vergleichsweise wenig vom Bundesergebnis ab, während die Abweichungen in einigen ostdeutschen Bundesländern und in den Stadtstaaten hoch ausfallen.

Für politische Akteur/innen in Regierung und Parlament ergeben sich daraus spannungsreiche Herausforderungen für die politische Repräsentation und die Umsetzung politischer Projekte.

Abbildung 3: Wahlergebnisse in den Bundesländern im Vergleich zum Bundesergebnis



Abstand zwischen Zweitstimmenergebnissen in den Bundesländern und dem Bundesergebnis in Prozentpunkten. Datengrundlage: Bundeswahlleiter. Eigene Berechnungen und Darstellung.

Zweitstimmenergebnisse auf Bundeslandebene im Detail. Die Wähler/innen in den Stadtstaaten waren besonders von den **Grünen** überzeugt, dort konnten die größten Stimmanteile verzeichnet werden. Verglichen mit dem Ergebnis der Bundestagswahl 2017 gewannen die Grünen in allen Bundesländern an Stimmenanteilen hinzu.³ Allerdings fielen die Wahlergebnisse der Grünen in den ostdeutschen Bundesländern trotz Zugewinnen wesentlich geringer aus als im Rest von Deutschland.

³ Bei dieser Betrachtung entfällt das Saarland, wo die Grünen nicht antreten konnten.

Die **SPD** konnte als stärkste Kraft in dieser Wahl überzeugen und verzeichnete in allen Bundesländern Zugewinne. Besonders in Niedersachsen und im Saarland wurden sehr hohe Zweitstimmenanteile erreicht. Im Saarland konnte die SPD womöglich davon profitieren, dass die Grünen hier nicht antreten durften. Lediglich in Bayern und Baden-Württemberg unterlag die SPD der CDU bzw. CSU und in Sachsen sowie Thüringen der AfD.

Rückhalt für **CDU und CSU** bilden die süddeutschen Bundesländer, dort und in Nordrhein-Westfalen erreichten sie ihre besten Zweistimmenergebnisse. Doch auch diese Hochburgen verzeichnet die CDU im Vergleich zum Ergebnis von 2017 massive Stimmereinbußen. Besonders stark sind die Verluste in Mecklenburg-Vorpommern (-15,7 Prozentpunkte), wo parallel die Landtagswahl stattfand und Manuela Schwesig (SPD) als Ministerpräsidentin gestärkt aus der Wahl hervorgeht.

Auch wenn die **Linke** in Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Berlin überdurchschnittlich gute Ergebnisse erzielte, so verlor sie im Rest von Deutschland massiv an Stimmanteilen, insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern, in denen sie bislang relativ stark vertreten war.

Die **FDP** kann in nahezu allen Bundesländern einen Stimmenzugewinn erreichen. Besonders deutlich sind die Zugewinne im Saarland, Baden-Württemberg und Sachsen. Die Stimmenverluste in Nordrhein-Westfalen sind vergleichsweise deutlich (-1,7 Prozentpunkte), wo sie derzeit gemeinsam mit der CDU die Landesregierung bildet. Die ostdeutschen Bundesländer bleiben auch für die FDP ein schwieriges Terrain, dort sind ihre Ergebnisse niedriger als ihr gesamtdeutsches Ergebnis. Dasselbe gilt für die Stadtstaaten Bremen und Berlin.

Die **AfD** mobilisierte in Ostdeutschland die meisten Wähler/innen, trotz Verluste in Sachsen (-2,3 Prozentpunkte) wird sie dort erneut stärkste Kraft. In Thüringen unterliegt die CDU erstmals der AfD. Auch in Hamburg konnte sie verglichen mit der Bundestagswahl 2017 einige Prozentpunkte gewinnen, trotzdem lag das Ergebnis dort deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt. In den anderen Bundesländern verlor sie an Stimmanteilen.

Ländliche Räume – die offene Herausforderung für die Grünen. Die Grünen haben in nahezu allen Wahlkreisen Stimmen hinzugewonnen. Die höchsten Stimmenanteile in den Stadtstaaten und 16 gewonnene Direktmandate, von denen 15 in Städten liegen, unterstreichen die hohe Bedeutung urbaner Räume für den Wahlerfolg von Bündnis 90/Die Grünen.

Statistische Zusammenhänge zwischen dem Wahlergebnis (Zweitstimmenergebnis bzw. Gewinne und Verluste) und dem Ländlichkeitsgrad der Wahlkreise belegen diesen Befund:⁴

⁴ Es wurden einfache Regressionsanalysen gerechnet, die den statistischen Zusammenhang zwischen Ländlichkeit des Wahlkreises und Wahlergebnissen ermitteln. Es wurde auf ostdeutsche Bundesländer, Wirtschaftskraft und Anteil älterer Menschen im Wahlkreis kontrolliert.

Die Bedeutung urbaner Zentren ist mit dieser Wahl für die Grünen noch einmal gestiegen – nicht nur in den Metropolen, sondern auch in den mittleren Städten wurden Zuwächse erzielt. Je stärker die Ländlichkeit eines Wahlkreises, desto schwächer das Wahlergebnis der Grünen. Dies gilt insbesondere für ländliche Regionen in ostdeutschen Bundesländern, in denen deutlich mehr ältere Menschen leben als im Landes- bzw. Bundesdurchschnitt.

Die ländlichen Räume bleiben damit insgesamt die offene Herausforderung für ein Wachstum von Bündnis 90/Die Grünen in die Fläche. Die große Relevanz dieses Strukturmerkmals für die Wahlerfolge der Grünen wird noch einmal verstärkt, wenn Ergebnisse anderer Parteien vergleichend hinzugezogen werden.

So lassen sich die Wahlergebnisse von SPD, FDP und Linken kaum mithilfe von Ländlichkeit erklären. Wenngleich die Verluste der CDU in den ländlichen Räumen bei dieser Wahl vergleichsweise hoch ausfielen, profitiert die CDU von ländlichen Wahlkreisen, wenn diese in Westdeutschland liegen. Die Stadt-Landdimension erklärt jedoch weniger stark die Wahlergebnisse der CDU als die Ergebnisse der Grünen.

Während die letzten Bundestagswahlergebnisse der AfD nicht im Zusammenhang mit der Stadt-Landdimension erklärt werden können, verdichten sich bei dieser Wahl die Anzeichen darauf, dass dieses Strukturmerkmal an Relevanz gewinnt. Die AfD kann vor allem in ländlicheren Regionen mit überdurchschnittlich mehr älteren Menschen ihre Stärke halten.⁵ Dieser strukturelle Zusammenhang existiert für die gesamte Bundesrepublik und ermahnt, den Blick nicht nur auf die AfD-Zweitstimmenergebnisse in den ostdeutschen Bundesländern zu richten.

4 Frauen im Blick

CDU verliert besonders Wählerinnen. Die Union konnte in den letzten Jahren besonders von Wählerinnen profitieren. Bei dieser Wahl verliert sie jedoch auffällig stark bei den Frauen. Hier könnte ein „Merkel-Effekt“ vorliegen, d.h. die Unterstützung der Union war stark mit der Kanzlerin verknüpft. Darüber hinaus zeichnen sich auch bei dieser Wahl bekannte Muster ab, wonach AfD und FDP stärker von Männern und Bündnis 90/Die Grünen stärker von Frauen gewählt werden. Besonders stechen die Unterschiede bei den Erst- und Jungwählenden hervor: Während junge

Ländlichkeit - Index der geografischen Lage des Thünen-Instituts (Küpper, Patrick (2016): Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume. Braunschweig: Thünen-Institut für Ländliche Räume.) Der Index umfasst Daten zur Wohnbebauung, zur Siedlungsdichte, zu land- und forstwirtschaftlichen Flächen, zum regionalen Bevölkerungspotential und zur Erreichbarkeit großer Zentren. Die Ländlichkeit ist stärker je geringer die Siedlungsdichte, je höher der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser, je höher der Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Fläche, je geringer das Bevölkerungspotential und je schlechter die Erreichbarkeit großer Zentren.

⁵ Vergleichsbasis ist hier der Unterschied zum Altersdurchschnitt im jeweiligen Bundesland.

Erstwählerinnen besonders häufig Bündnis 90/Die Grünen wählen (26 Prozent, +10 Prozentpunkte), erfährt die FDP besonders Zulauf von jungen Wählern (27 Prozent, +12 Prozentpunkte).

Bei anderen soziodemografischen Merkmalen überwiegt die Kontinuität. Anders als bei den generationalen Unterschieden setzen sich bei weiteren soziodemografischen Merkmalen bekannte Muster fort. Wie bei früheren Wahlen können SPD und CDU Wähler/innen aller Bildungsniveaus gewinnen, etwas stärker mit formal niedriger Bildung. Die Grünen werden auch bei dieser Wahl überproportional stark von Wähler/innen mit formal hoher Bildung unterstützt. Dieser starke Rückhalt der Grünen bei Akademiker/innen wächst bei dieser Wahl noch einmal. Während Selbständige zur Wählerschaft von Union, SPD sowie FDP und Grüne gehören und nur im geringen Umfang AfD und Linke wählen, verschiebt sich die Bedeutung von Beamten/innen als Wählerbasis. Hier verzeichnen Bündnis 90/Die Grünen Zugewinne und haben sich damit in dieser Gruppe als dritte Kraft neben CDU und SPD versteigt. Unter den Arbeiter/innen bleiben vor allem SPD, AfD und CDU stark.

Politische Repräsentation von Frauen im Bundestag leicht gestiegen. Im neuen Parlament steigt der Anteil weiblicher Abgeordneter (+3,2 Prozentpunkte) leicht an. Insgesamt bleiben Frauen im Bundestag jedoch mit 34,7 Prozent weiterhin deutlich unterrepräsentiert. Bei diesem Veränderungstempo ist mit einer gleichen deskriptiven Vertretung von Männern und Frauen im Bundestag erst ab dem Jahr 2041 zu rechnen.

Mit ihrer gestiegenen parlamentarischen Stärke sind Bündnis 90/Die Grünen ein erheblicher Treiber für eine positive Entwicklung der politischen Repräsentation von Frauen. Sie haben mit 58,5 Prozent den höchsten Frauenanteil im Fraktionenvergleich. Dazu zählen erstmals in der Geschichte des Deutschen Bundestages zwei Transfrauen. Insgesamt finden sich in der Fraktion der Grünen mehr weibliche Abgeordnete als bei CDU, CSU und FDP zusammen.

Die Linke verfolgt bei der Besetzung der Landeslisten ähnlich wie die Grünen eine konsequente Nominierung von weiblichen Kandidatinnen auch auf aussichtsreichen Listenplätzen und kommt auf etwas weniger als 50 Prozent männliche Abgeordnete. An dritter Stelle in Bezug auf eine ausgeglichene politische Repräsentation von Männern und Frauen kommt die SPD, die im Vergleich zur letzten Wahl allerdings etwas weniger Frauen in ihren Reihen hat.

Insbesondere im Falle der Union werden die Effekte deutlich, wenn Frauen nicht auf aussichtsreiche Listenplätze nominiert werden oder nicht als Direktkandidatinnen antreten, und sich damit die Chancen auf eine verbesserte politische Repräsentation von Frauen reduzieren.⁶

⁶ Ausführlicher unter: Stefanie John und Jette Bergen (2021): Chancen auf eine bessere Repräsentation von Frauen im Bundestag nach der Wahl 2021? Abrufbar unter: https://www.boell.de/de/2021/09/21/chancen-auf-eine-bessere-repraesentation-von-frauen-im-bundestag-nach-der-wahl-2021?dimension1=division_bt看21

Tabelle 1: Politische Repräsentation von Frauen

	Bewerber/innen			Mandatsträger/innen			Veränderung zum vorherigen Bundestag (Prozentpunkte)
	Gesamt	davon Frauen	Frauenanteil	Männer	Frauen	Frauenanteil	
CDU/CSU	607	245	40,4	150	46	23,5	2,7
SPD	442	192	43,4	120	86	41,7	-2,3
AfD	340	41	12,1	72	11	13,3	4,0
FDP	381	91	23,9	70	22	23,9	0,2
Die Linke	350	134	38,3	18	21	53,8	0,2
Grüne	445	241	54,2	49	69	58,5	1,8
SSW	14	7	50,0	1	0	0,0	0,0
Insgesamt	2579	951	36,87	480	255	34,7	3,2

Nur im 20. Bundestag vertretene Parteien. Bewerber/innen (gesamt, Doppelbewerber/innen bereinigt; absolut, prozentuale Anteile) und Mandatsträger/innen im Bundestag nach der Wahl (Vorläufiges Endergebnis). Datengrundlage: Bundeswahlleiter und Deutscher Bundestag. Eigene Berechnungen und Darstellung.

5 Parlament im Blick

Neue Größe des Bundestages unterstreicht weiterhin den Reformbedarf. Der Bundestag wird in seiner neuen Zusammensetzung auf 735 Abgeordnete anwachsen. Auch wenn er damit nur um 26 Abgeordnete größer sein wird als der letzte Bundestag, wird die Zielgröße von etwa 600 Abgeordneten deutlich verfehlt. Das mindert die Arbeitsfähigkeit des Parlaments, bedeutet finanzielle Mehrkosten und kann das Vertrauen in diese politische Institution schwächen. Befürchtungen, nach denen es sogar noch mehr Abgeordnete werden könnten, traten insbesondere aufgrund der Vielzahl von grünen Direktmandate nicht ein.

Begründet liegt die Übergröße des Bundestages in der derzeitigen Ausgestaltung des Wahlrechts.⁷ Dessen letzte kleine Überarbeitung, in der vergangenen Legislaturperiode von der Großen Koalition beschlossen, war somit wie vielfach erwartet unzureichend.

⁷ Grundsätzlich erfolgt die Wahl des Bundestages in einer personalisierten Verhältniswahl mit zwei Stimmen. Mit der Erststimme wird für die Wahlkreise jeweils der/die Kandidierende ermittelt, welche/r diesen als direkt gewählte/r Repräsentant/in im Bundestag vertritt. In den Wahlkreisen entscheidet also allein die relative Mehrheit der Erststimmen. Derzeit werden auf diesem Wege 299 Abgeordnete direkt gewählt.

Das Verhältnis der Fraktionen im Bundestag ergibt sich über die Zweitstimmenanteile. Die Wähler/innen können sich für Landeslisten entscheiden, die von den Parteien auf Landesebene aufgestellt werden. Vorhergesehen ist, dass auf diesem Weg etwa genauso viele Sitze wie über die Direktwahl vergeben werden. Erlangt eine Partei durch die Erststimme mehr Mandate, als ihr nach Verteilung der Zweitstimmen zustehen würde, entstehen Überhangmandate. In diesem Fall ziehen von dieser Partei nur Abgeordnete mit Direktmandat in den Bundestag ein und ihre Landeslisten spielen keine Rolle. Gleichzeitig muss das resultierende Missverhältnis durch Ausgleichsmandate für die anderen im Bundestag vertretenen Parteien ausgeglichen werden.

Der Bedarf nach einer Neufassung entsteht insbesondere durch die Verteilung der bayerischen Direktmandate. Da die CSU bei einem bundesweiten Zweitstimmenanteil von 5,2 Prozent 45 Wahlkreise holte, entstehen 11 Überhangmandate. Diese müssen den anderen Fraktionen mit zusätzlichen Sitzen ausgeglichen werden.

Die zuletzt eingeführte Sonderregelung sieht vor, dass bis zu 3 Überhangmandate beim Ausgleich nicht berücksichtigt werden. Es könnte theoretisch also dazu kommen, dass bei gleichen Stimmanteilen zweier Parteien diese auf eine unterschiedliche Anzahl an Sitzen kommen. Das nicht nur aus demokratischer Sicht fragwürdige Verfahren wird aller Voraussicht nach in der kommenden Legislaturperiode auf den Prüfstand gestellt. Bereits bei Schließen des Kompromisses im Oktober 2020 wurde eine weitere Überarbeitung des Wahlrechts durch eine Reformkommission aus Wissenschaftler/innen und Abgeordneten bis 2023 angekündigt.

Je nach Konstellation der kommenden Regierung verändern sich die Aussichten für eine Anpassung des Wahlrechts. Die Fraktionen von Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und Linken brachten im Juli 2020 einen gemeinsamen Vorschlag in den Bundestag ein, der unter anderem vorsah, die Anzahl der Wahlkreise von 299 auf 250 zu reduzieren. Somit müssten auch im Extremfall deutlich weniger Überhangmandate ausgeglichen werden. Ein Bundestag von mehr als 1.000 Abgeordneten wie unter geltendem Wahlrecht, wäre dann nicht mehr möglich.

Dynamik über neue Abgeordnete. Mit 282 neuen Parlamentarier/innen zieht auch eine hohe Anzahl neuer Abgeordneter in den Bundestag ein (Anteil 38 Prozent).⁸ Der Anteil neuer Abgeordneter resultiert nicht allein aus dem Zugewinn an Parlamentssitzen, vielmehr gibt es darüber hinaus eine hohe Fluktuation in den Fraktionen. So sitzen in der Grünen- und SPD-Fraktion jeweils über die Hälfte neue Mandatsträger/innen. FDP- und AfD-Fraktion verzeichnen ca. 30 Prozent neue Abgeordnete und in der neuen Unionsfraktion wird es trotz ihrer Verkleinerung ein Viertel neue Abgeordnete geben. Mit der stark verkleinerten Linken-Fraktion werden acht neue Mandatsträger/innen in den Bundestag einziehen (20 Prozent).

Je nach Anteil von neuen Fraktionsmitgliedern wird es in den einzelnen Fraktionen eine gewisse Findungsphase zu Beginn der neuen Legislaturperiode brauchen, bis sich die neuen Fraktionsmitglieder in die parlamentarischen und fraktionsinternen Abläufe eingearbeitet haben. Neben Herausforderungen bietet ein hoher Anteil neuer Fraktionsmitglieder jedoch auch Chancen: Die noch nicht vorhandene institutionelle Professionalisierung der Newcomer kann es erleichtern, einen veränderten Politikstil umzusetzen, der im Zusammenhang mit den neuen Koalitionsmodellen immer wieder angesprochen wird.

⁸ Vergleichsgrundlage ist die Besetzung des 19. Bundestages.

Die Autorin

Stefanie John ist Referentin für Politik- und Parteienforschung in der Heinrich-Böll-Stiftung. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen in der Parteien- und Parteiensystemforschung. Darüber hinaus analysiert sie Entwicklungen im politischen System der Bundesrepublik unter Einbezug der europäischen Ebene. Sie hat an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel im Fach Politikwissenschaft promoviert.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin
Kontakt: Referat Politik- und Parteienforschung, Stefanie John **E** john@boell.de

Erscheinungsort: www.boell.de

Erscheinungsdatum: September 2021

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

Verfügbare Ausgaben unter: www.boell.de/de/boellbrief

Abonnement (per E-Mail) unter: boell.de/news

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.